den Jahren zuvor gemacht haben. Wir müssen diesem Glauben auch den Platz in unserer Gesellschaft geben, damit Extremisten hier keinen Nährboden finden und diesen Glauben für ihre Zwecke missbrauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist für die FREIEN WÄHLER der Abgeordnete Tobias Gotthardt. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme es vorweg: Ich bin kein Freund der DITIB, und wir FREIE WÄHLER sehen eine türkisch-politische Einflussnahme über Religionsgemeinschaften in Deutschland ebenfalls sehr kritisch. Ich glaube, da sind wir uns innerhalb der demokratischen Parteien hier in diesem Haus einig.

Zum Antrag der AfD habe ich im Europaausschuss schon klar gesagt, dass der Ansatz, den Sie wählen, einfach falsch ist. Der Kollege Dr. Rieger hat es bereits gesagt. Wir haben als Legislative keine Möglichkeit, auf die Exekutive und die Finanzbehörden einzuwirken. Entsprechend § 52 der Abgabenordnung findet alle drei Jahre eine Überprüfung der Gemeinnützigkeit statt. Das heißt: Was Sie fordern, läuft bereits. Das wird alle drei Jahre überprüft. Sie können sich sicher sein, dass die Bayerische Staatsregierung und auch Innenminister Joachim Herrmann wirklich ein Auge auf kritische Vorgänge haben. Der Minister hat daran in den letzten Jahren keinen Zweifel gelassen.

Das müssen wir im Blick behalten. Aber daraus einen populistischen Antrag zu drehen, der falsch ansetzt und Fakten verdreht, bringt uns alle keinen Schritt weiter. Wir wollen sachlich etwas gegen verfassungsfeindliche Vorgänge in Bayern unternehmen. Das machen wir ganz ruhig und besonnen. Das machen wir auf dem richtigen Weg und nicht populistisch, wie die AfD es versucht. Deswegen lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist für die SPD-Fraktion der Vizepräsident Markus Rinderspacher. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Markus Rinderspacher (SPD): Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Verband DITIB war seit dem Putschversuch in der Türkei 2016 in die Kritik geraten – mit Berechtigung: wegen der Bespitzelung von Gegnern des türkischen Präsidenten Erdogan, wegen Kontakten zur radikalen Muslimbruderschaft, wegen Kriegspropaganda für die türkische Armee in Syrien. Diese Kritik an DITIB war berechtigt und substanziiert, und wir teilen diese Kritik. Der Bund und mehrere Bundesländer haben deshalb ihre Zusammenarbeit mit der DITIB stark eingeschränkt und gefordert, der Verband möge sich vom Autoritarismus des Erdogan-Regimes distanzieren. Ob das in hinreichender Weise geschieht, das bedarf in der Tat intensiver Beobachtung.

Dennoch muss man feststellen, dass der von Ihnen gewünschte Bericht keine neuen Erkenntnisse bringen würde. Zum Ersten gibt es bereits eine Fülle von schriftlichen Anfragen von der Linkspartei, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und von der SPD im Deutschen Bundestag. Die strukturelle und personelle Anbindung von DITIB an das Präsidium für religiöse Angelegenheiten der Türkei ist hinlänglich bekannt. Dazu gibt es keine neuen Erkenntnisse mehr. In der Bundestagsdrucksache 19/154 wird auch beschrieben, dass die Türkei über ihre diplomatischen Einrichtungen in Deutschland die Dienstaufsicht über die Imame des Diyanet ausübt.

Zum Zweiten ist DITIB gegenwärtig kein Beobachtungsobjekt des bayerischen Verfassungsschutzes; Kollege Dr. Rieger hat es gesagt. Und zum Dritten ist die geforderte Überprüfung der Gemeinnützigkeit insofern entbehrlich, als die Finanzämter ohnehin alle drei Jahre eine solche Überprüfung vornehmen.

Herr Böhm, weil Sie sehr grundsätzlich geworden sind, gestatten Sie mir auch zwei, drei grundsätzliche Bemerkungen. In Bayern gibt es Raum für die Weltreligion Islam. Es ist der weite Raum der Glaubens- und Religionsfreiheit unserer Verfassung. Dieser Raum muss von Rassismus und Diskriminierung frei sein. Einer naiven Blauäugigkeit gegenüber aggressivem religiösen und/oder politischen Fanatismus rede ich deswegen mitnichten das Wort – im Gegenteil. Wer Hass predigt und damit Menschen unversöhnlich gegeneinander in Stellung bringt, wer den Spalt in unsere freie und offene Gesellschaft treibt, egal ob als radikaler Imam in einer Moschee oder als Parlamentarier von ganz rechts außen, der muss mit dem Widerstand der bayerischen Sozialdemokratie rechnen und all jener, die es mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ernst meinen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb sage ich glasklar: Antidemokratische Indoktrination hat in unserer Gesellschaft keinen Platz, egal ob sie religiös oder politisch motiviert ist. Lassen Sie mich auch sagen, dass wir den französischen Präsidenten Emmanuel Macron unterstützen, der jüngst aus aktuellem traurigem Anlass noch mal ein flammendes Bekenntnis zur Meinungsfreiheit formuliert hat. Die verbalen Attacken des türkischen Staatspräsidenten weisen wir zurück. Sie sind völlig inakzeptabel. Ich warne aber auch – und das gehört heute auch hierhin, insbesondere auch nach Ihrem Wortbeitrag, Herr Abgeordneter Böhm – vor einer sich verfestigenden Islamfeindlichkeit in Bayern, die am Ende zu Hass und Gewalt führen kann. Wenn Muslime zu Sündenböcken gestempelt und unter den Generalverdacht der Gewaltbereitschaft gestellt werden, spielt man mit dem Feuer und wird Hunderttausenden gut integrierten Mitbürgerinnen und Mitbürgern nicht gerecht. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

**Dritter Vizepräsident Alexander Hold**: Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Helmut Markwort. – Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Helmut Markwort (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen über ein großes internationales Thema und einen sich ständig ausdehnenden Konflikt. Als wir das Thema im Ausschuss behandelt haben, hat der französische Geschichtslehrer Samuel Paty noch gelebt. Das Attentat in Wien war noch nicht passiert. Seitdem eskaliert das Thema. Ich sehe mit großem Respekt, wie sich der französische Präsident für die Meinungsfreiheit einsetzt und in welchem Konflikt er in seinem Land steht. Auf der einen Seite gibt es Imame, die ihn unterstützen und sich von dem Terror distanzieren. Auf der anderen Seite gibt es Imame, die in der Moschee und anderswo aufhetzen, weitere Lehrer zu töten.

In Deutschland haben wir das Thema teilweise auch, zwar nicht so schlimm, aber wir müssen uns um die Gefährder kümmern. DITIB ist eine sehr gefährliche Vereinigung. Die FDP hat dazu immer klar Stellung bezogen. Die Parteifreunde Kubicki und Teuteberg haben sich ganz klar dagegen ausgesprochen, als diese Organisation, die vom türkischen Staat und von Erdogan gesteuert ist, Abweichlinge und türkische Oppositionelle in Deutschland beobachtet hat.

Ich vertraue aber dem Verfassungsschutz und hoffe, dass das Beispiel in Wien die Leute alarmiert hat. Ich erinnere an den schrecklichen Vorgang, dass der Täter von Wien in der Slowakei Waffen gekauft, der slowakische Geheimdienst dies den Österreichern gemeldet hat und diese nicht reagiert haben. Es ist die große Aufgabe